

KURIER

22.01.2011

Mehrheit für ein Bettelverbot in Sicht

Oberösterreich – FP und VP wollen Gesetz im Frühjahr beschließen

In Oberösterreich wird ein Bettelverbot immer wahrscheinlicher. In einer Sitzung des Innenausschusses des Landtags sprachen sich ÖVP und FPÖ am Donnerstag für eine entsprechende Änderung des öö. Polizeistrafgesetzes aus. Beide Parteien verfügen zusammen über eine Mehrheit im Landtag. Die SPÖ äußerte Vorbehalte, die Grünen sind dagegen.

VP-Klubobmann Thomas Stelzer sieht in der gesetzlichen Regelung ein wirksames Instrument, um organisiertes und aggressives Betteln, das in vielen Städten und Gemeinden Probleme verursachen soll, zu unterbinden. „Wir wollen damit auch die

Ausbeutung von Kindern durch Bettlerbanden verhindern“, erklärt Stelzer. Künftig sollen die Stadtwachen für die Kontrolle der Einhaltung des Verbotes mit zuständig sein und auch Organmandate ausstellen dürfen. Das Gesetz wird in den kommenden Wochen einen letzten juristischen Feinschliff erfahren und dann im Frühjahr vom Landtag beschlossen.

FP-Klubobmann Günther Steinkellner sieht den Einsatz seiner Partei zu diesem Thema nun bestätigt. „Obwohl die übrigen Fraktionen, auch die ÖVP, einer Gesetzesänderung anfangs äußerst zurückhaltend oder negativ gegenübergestanden sind, gibt es

jetzt doch eine Mehrheit. Das Verbot wird Belästigungen verhindern und das subjektive Sicherheitsgefühl aller Bürger merklich steigern.“

Die SPÖ will Betteln nicht grundsätzlich verbieten. Organisiertes oder aggressives Betteln sowie die Ausbeutung von Menschen werden aber abgelehnt. Hier sollen gesetzliche Schranken gesetzt werden. „Die Kontrolle muss jedoch allein Angelegenheit der Polizei sein“, unterstreicht SP-Klubchef Karl Frais. Damit die Polizei aber mitwirkt, müsse zuvor ein Einvernehmen mit dem Bund hergestellt werden: „Bevor das nicht vorliegt, wird es von uns keine Zustimmung geben.“